

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

16.10.1925 (No. 240)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14.
Verantwortl.
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. K. K.,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Geldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, Zwangsverkauf, Verrentung, und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in verkürztem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckaufträge und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Bestellungen für Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Rein Güterverkehr an Sonn- und Feiertagen auf den Straßen

In letzter Zeit ist im ganzen Lande die Wahrnehmung gemacht worden, daß der Güterverkehr mit Pferdebespannung und insbesondere auch mit Kraftwagen an Sonn- und Feiertagen in erheblichem Maße zugenommen hat. Es seien nur die sehr geschäftvollen Weintransporte hervorgehoben, die vielfach sogar zeitweilig des Hauptpostdienstes, durch die Straßen der Städte und Ortschaften fahren.

Nach § 4 der Verordnung über die weltliche Feier der Sonn- und Feiertage vom 18. Juni 1892 ist an Sonntagen und den gebotenen Feiertagen u. a. auch die auf öffentlichen Straßen stattfindende gewerbsmäßige Beförderung von Gütern mittels Fuhrwerken (auch Kraftfahrzeugen) und von Vieh verboten, soweit diese Arbeiten ohne sehr erhebliche wirtschaftliche Nachteile unterbrochen oder aufgeschoben werden können.

Der Minister des Innern hat die Polizeibehörde erneut beauftragt, für die Einhaltung der bestehenden Vorschriften strengstens zu sorgen und gegen Zuwiderhandelnde mit Strafen einzuschreiten.

Konsularische Vertretung Ägyptens

Abdel Rahman Haki Effendi ist zum ägyptischen Konsul in Hamburg ernannt worden. Zu seinem Amtsbezirk gehört auch Baden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Neuer Bürgerkrieg in China?

W.B. London, 16. Okt. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Shanghai von gestern abend: General Sun Tschuan-sang werde Shanghai bei Tagesanbruch durch Überzumpelungsmanöver gegen die Streitkräfte Tschangtschins einnehmen. Sun habe seit den letzten drei Tagen mit seinen Truppen noch Marsche unternommen und befinde sich jetzt weniger als 30 Meilen von Shanghai entfernt. Die Streitkräfte Tschangtschins hätten die Stadt geräumt und überließen damit den reichsten Kreis in China dem General Sun. Es werde erwartet, daß Sun seine Verteilungslinie durch Suzhou, 50 Meilen nördlich von Shanghai, legen werde. Dieser Vormarsch Sun's werde als ein Auftakt von Kämpfen zwischen ihm und General Tschangtschins angesehen. Der vorwärtige Führer der Tschangtschins-Truppen, Wupeifu, der infolge der Biji Feng's Feindschaft zu Tschangtschins geschlagen wurde, werde wahrscheinlich auf der Seite Feng's austreten. Tschangtschins Linie laufe von Mukden bis Shanghai, während Feng das Innere Chinas beherrsche. Sun sei mit Feng verbündet. Die eigentlichen Kämpfe werden aber wegen der Schwierigkeiten der Operationen im Winter im Norden Chinas wahrscheinlich bis zum Frühjahr ausgesetzt werden. Zahlreiche Flüchtlinge sind in Shanghai eingetroffen.

Aus Peking berichtet „Daily Telegraph“, man sei dort überzeugt, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten nicht mehr verzögert werden könne und daß vielleicht bereits Kämpfe im Süden stattfinden. Ganz China gleiche einem Pulverfaß, das durch das kleinste Feuer in Brand gesetzt werden könne. — Die geplante Konferenz könne nicht stattfinden, wenn der Bürgerkrieg ausbräche. Späterhin werde sie völlig neue Verhältnisse vorfinden. Der einzige Trost sei, daß es nicht schlimmer werden könne. — „Daily Mail“ zufolge wird mit dem Beginn der Kämpfe bei Tschangtschins gerechnet. Alle Eisenbahnverbindungen seien unterbrochen.

Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 14. 10. berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ging gegenüber dem Stande vom 7. 10. (125,3) um 0,2 v. H. auf 125,1 zurück. Gefunten sind die Preise für Schmalz, Zucker, Schweinefleisch, Kopfen, Rindhäute, Kalbfelle, Treibriemen, Leder, einige Textilrohstoffe, Halbwaren und Gasöl. Höher lagen die Preise für Weizen, Gerste, Butter, Rindfleisch, Milch, Jute, Garn, die meisten Nichtmetalle. Von den Hauptgruppen zogen Agrarergänze um 120,7 auf 121,1 oder um 0,3 v. H. an, während Industriestoffe (Nichtstoffe) von 134,1 auf 132,8 oder um 1. v. H. nachgaben.

Der letzte Soldat im Sanktionsgebiet hat Mittwoch abend gegen 10 Uhr, wie aus Duisburg gemeldet wird, die Rheinbrücke nach Homburg zu passiert. Nachdem bereits im Laufe des Nachmittags die Möbel und Einrichtungsgüter der dortigen Rheinischfabrik abtransportiert waren, hat die letzte Abteilung Ruhrort verlassen. Es bleiben nur vier Zivilpersonen zurück, die jedoch keinerlei militärische Befugnisse haben.

Wirtschaftliche Umschau

Nicht nur für unsere Ausfuhrwirtschaft und unsere Handels- und Zahlungsbilanz, sondern auch für die Lebenshaltungskosten und den Inlandsabfab sind die Handelsverträge mit den verschiedenen Staaten des Auslandes von großer Bedeutung, richten sich doch unsere autonomen Zölle nach der Höhe der Zölle, welche das Ausland vertragsgemäß von deutschen Waren erhebt. Eine Übersicht über den augenblicklichen Stand der vertraglichen Handelsbeziehungen Deutschlands zum Ausland ergibt folgendes:

Der Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist endlich ratifiziert und in Kraft.

Der Handelsvertrag mit Rußland ist wider Erwarten schnell in Moskau unterzeichnet worden, nachdem einige noch ungeklärte Fragen gelöst waren. Sein Wert ist deshalb freilich problematisch, weil die darin vorgesehene allgemeine Meistbegünstigung und auch sonstige Vorteile bei der Einfuhr deutscher Waren, die uns zugestanden sind, jederzeit durch Rußland praktisch in Wegfall gebracht werden können, wenn es seine für den Einkauf im Ausland allein zuständigen staatlichen Außenhandelsstellen aus dem oder jenem Grunde einfach anzuweisen sollte, in Deutschland nicht zu kaufen. Dadurch hat Rußland handelspolitisch weiter vollständig freie Hand, und alles kommt auf die künftige Handhabung des Vertrages an.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, mit dem sich Deutschland vorerst weiter in offenem Zollkrieg befindet, werden bestenfalls in ein bis zwei Wochen beginnen. Sie hatten schon Mitte vorigen Monats begonnen, waren aber nach wenigen Tagen abgebrochen worden, da Polen die Bitte seiner neuen Einfuhrverbote und Zollserhöbungen erst mitteilen wollte. Bisher ist nur die Mitteilung weniger wichtigen Materials erfolgt, der Hauptkampf wird sich um das Einfuhrkontingent ostoberschlesischer Kohlen, worin ja auch die erste Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten liegt, abspielen. Das alte Kontingent von 500 000 Tonnen kann Deutschland auf keinen Fall mehr bewilligen, und ein wesentlich verringertes Kontingent könnte nur gegen andere und zwar gewichtige Zugeständnisse zugestanden werden.

Die endlosen Verhandlungen mit Frankreich sollen nun in den kommenden Wochen in Paris wieder beginnen, nachdem Frankreich neue Gegenorschläge überreicht hat. Es kann jedoch vorerst lediglich ein Provisorium zustandekommen, weil Frankreich sich vor einer vollständigen Umstellung seines Zollsystems befindet. Da das Handelsvertragsprovisorium mit Italien am 31. Oktober abläuft, ist es zu begrüßen, daß die nun in Rom im Gange befindlichen Verhandlungen anscheinend einen ziemlich glatten Verlauf nehmen. Schwierigkeiten bilden hier die Forderungen der deutschen Landwirtschaft und des Weinbaus. Ähnlich ist es mit Spanien wo mit dem heutigen 16. Oktober ein vertragloser Zustand infolge unserer seinerzeitigen Kündigung droht. Man verhandelt zwar schon des längeren in Madrid, aber über ein tatsächliches Fortschreiten der Verhandlungen hat man noch nichts gehört. An dem Zustandekommen des spanischen Handelsvertrages hat die deutsche Industrie, auch die badische ein besonderes Interesse. Demnachst sollen in Berlin Verhandlungen über eine ganze Reihe von weiteren Handelsverträgen beginnen, und zwar über solche mit der Schweiz, der Tschechoslowakei, Holland, Ungarn, Südschweden und Finnland.

Das Thema der **Auslandsanleihen der Kommunen**, das ja kürzlich auch in Karlsruhe anlässlich der Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erörtert wurde, findet in Wirtschaftsvertritten und Presse immer wieder eingehende Behandlung. Dabei wird von den Vertretern der Wirtschaft darauf hingewiesen, daß die amerikanische Kreditgewährung bisher fast ausschließlich öffentlichen, durch hohe Steuereinnahmen kreditfähigen Schuldnern zugute gekommen ist, während die schwerkämpfende, die Steuern aufbringende private Wirtschaft Auslandskredite viel notwendiger bräuchte, und daß private Unternehmer, die für die betreffenden Anlagen mit Ruf und Vermögen einzustehen haben, viel eher die Gewähr bieten, daß das Auslandsgeld produktiv verwendet wird, als Kommunen, die im Notfall doch immer auf Steuern zurückgreifen können. Die Kommunen hinwiederum

weisen nicht mit Unrecht darauf hin, daß sie es in vielen Fällen sind, die Voraussetzungen zur Vermehrung der Produktion zu schaffen haben und die auch darum von der Privatwirtschaft dauernd angegangen werden.

Den zustandekommenen Dollaranleihen der verschiedenen großen deutschen Städte, soll sich auch eine Sammelanleihe deutscher Städte anschließen, welche gewiß für die Finanzgebarung mancher Gemeinwesen Versuchsungen und Gefahren bringen kann, wenn nicht Sicherungen dagegen geschaffen werden. Eine Konferenz der Länderregierungen hat dem Reichsbankpräsidenten zugestimmt, daß Auslandskredite durch die Kommunen nur zu unmittelbar und einwandfrei produktiven Zwecken Verwendung finden dürfen und zwar zu verbodenden Anlagen, die durch ihre unmittelbare Einordnung in die Produktion den Anleihenbedienst aus eigener Einnahmen voll sicherstellen. Was in diesem Sinne als produktiv anzusehen ist, darüber können die Meinungen kaum allzusehr auseinandergehen, und es sind Ausführungen von Oberbürgermeistern, die Stadionbauten, Wohnbauten als produktive Anlagen hinstellten, höchstens als rhetorische Leistungen zu würdigen. Unter die produktiven Anlagen fallen zweifellos Elektrizitäts- und Gaswerke und ebenso die Produktion direkt fördernde Verkehrsanlagen, wie z. B. der Hafenausbau in Karlsruhe. Eine derartige Anlage muß jedoch dauernd aus sich heraus den hohen Anleihenbedienst herzugeben imstande sein, ohne daß eine unerbittliche und möglicherweise sogar produktionshemmende Belastung der Allgemeinheit eintritt, kurzum es muß sich um eine wirklich rentable Vermehrung der produktiven Kräfte handeln, die in Zahlen aufgezeigt werden kann.

Der Reichspräsident in Dresden

Reichspräsident von Hindenburg traf am Donnerstag vor-mittag 11.25 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug in Dresden ein. Er wurde am Bahnhof vom Ministerpräsidenten Helldorf, Landtagspräsidenten Bindler und Oberbürgermeister Blücher empfangen und begab sich, nachdem er die Front der auf dem Bahnhofspalast aufgestellten Ehrenkompanie abgesehen und deren Vorbeimarsch entgegengenommen hatte, von der zahlreichen Menge überaus herzlich begrüßt, zum Ministerialgebäude. Die Truppen der gesamten Garnison, sowie Vereine, Korporationen und Zünfte bildeten Spalier. Hier fand die Vorstellung der Staatsminister und der Ministerialdirektoren und anschließend eine Besprechung und persönliche Aussprache statt. Bald nach 12 Uhr stattete der Reichspräsident dem Landtagspräsidenten im Landtagsgebäude einen Besuch ab, und anschließend begab er sich zum Besuch der Städtischen Kollegien ins Neue Rathaus. Um 1 Uhr gab die Sächsische Regierung zu Ehren des Reichspräsidenten im Hotel Bellevue ein Frühstück.

Während der Tafel begrüßte Ministerpräsident Helldorf den Reichspräsidenten. Der Besuch sei als ein Symbol dafür aufzufassen, wie sehr sich unsere innerpolitischen Zustände nach langer Zerrissenheit gefestigt haben. Der Reichspräsident sei bemüht, die politischen Gegensätze auszugleichen und könne des Dankes des deutschen Volkes dafür gewiß sein. Das sächsische Volk und seine Regierung werden an diesem Wieder-aufbau im Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft aller deutschen Länder mitarbeiten und jederzeit treu zum Reiche und seiner Verfassung stehen.

Reichspräsident von Hindenburg erwiderte mit Dankesworten. Sachsen sei neben dem Industriegebiet an Ruhr und Rhein ein zweiter Mittelpunkt der deutschen Wirtschaft, deren Notlage Gegenstand ständiger und ernster Aufmerksamkeit der Reichsregierung sei. Gerade hierbei zeige es sich, daß das Reich, unser gemeinsames Vaterland, allen seinen Stämmen und Völkern Rückhalt und Kraft gibt und daß wir nur geschlossen, nur im Ganzen stark genug sind, um außerordentliche Räte und Krisen zu überwinden. Und zu dieser Stärke gehört auch ein zweites: die innere Einigkeit im deutschen Volke, das Gemeinschaftsgefühl, das über Parteien und Interessen stehen muß! Wir befehlen uns alle zum Glauben an Deutschland und seine Zukunft; lassen Sie uns auch zur Tat befehlen, die im Bewußtsein der Gemeinschaft handelt und unter Überwindung des Gegenfälligen die Einigung schafft, der wir so dringend bedürfen.

Nachmittags fand zu Ehren des Reichspräsidenten im Foyer der Staatsoper ein Tee-Empfang statt, an welchen außer den Spitzen der Behörden zahlreiche Vertreter des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens des Freistaates Sachsen, insgesamt etwa 150 Personen, teilnahmen. Hieran schloß sich die Festvorstellung der Staatsoper. Abends 7.25 Uhr fuhr der Reichspräsident, der überall von der Bevölkerung stürmisch begrüßt wurde, mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Berlin zurück.

Der Lohnkonflikt bei den Berliner städt. Werken. Eine am Donnerstag gefällter Schiedspruch für die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke Berlins ist laut „Vorwärts“ von der Tarifkommission und den Obleuten der Betriebe einstimmig abgelehnt worden. Auch die Donnerstag abend zusammengetretene Funktionskonferenz verwarf einstimmig den Schiedspruch. Es findet nunmehr eine Urabstimmung über die Annahme des Spruches oder Streik statt, die bis Montag mittag beendet sein wird.

Die Konferenz von Locarno

Nach erhebliche Schwierigkeiten

Die Einigung über den Westpakt, die am Donnerstag in Locarno erzielt wurde, darf nicht überschätzt werden, denn es sind noch sehr erhebliche Schwierigkeiten bezüglich der sog. Rückwirkungen, d. h. der deutschen Forderungen in der Räumungsfrage usw. und bezüglich des deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrags vorhanden. Es scheint trotz einer optimistischen Rede Chamberlains auf einem Pressebankett in Locarno und seiner bei anderer Gelegenheit ausgesprochene Hoffnung, daß die Unterzeichnung an seinem Geburtstag, dem heutigen Freitag, erfolge, sehr zweifelhaft, ob der Abschluß der Konferenz so unmittelbar bevorsteht.

Auch der Westpakt kann erst unterzeichnet werden, wenn bezügl. der übrigen Fragen Einigung erzielt ist, und außerdem müssen später die Parlamente der einzelnen Länder die Verträge ratifizieren.

Die „Rückwirkungen“

Der Sonderberichterstatter, des „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß die Besprechungen am Donnerstag abend eine Einigung auf folgender Grundlage gebracht haben: Die Alliierten autorisieren Deutschland, Materialien bis zum Werte von 100 Millionen RM zu behalten, deren Vernichtung von der alliierten Kontrollkommission gefordert worden war. Die Schutzpolizei darf weiter in den Kasernen wohnen. Dem Saargebiet wird ein Parlament gegeben. Die Abmachungen sind damit offenbar noch nicht zu Ende; denn der Berichterstatter fügt ein „usw.“ hinzu. Er ist also nicht darüber unterrichtet.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Locarno meldet: Es ist der Wunsch aller, die in Locarno miteinander verhandelt haben, daß die Ausführung der von der Vorkonferenz festgelegten Bedingungen hinsichtlich der Abrüstung Deutschlands es ermöglichen, in wenigen Tagen die Truppen aus der Rheinzone zurückzunehmen. Außerdem solle, was die Verwaltung des besetzten Gebietes und die Stärke der Besatzungstruppen anlangt, weitgehende Änderungen zur gegebenen Zeit erfolgen. Aber es ist auch nötig, auf die Änderungen hinzuweisen, die natürlich der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und sein Wiedereintritt in das Konzert der Großmächte herbeiführen werden. Der gesunde Menschenverstand deutet an, daß Deutschland, wenn es dem Geiste der Friedensverträge und dem in Locarno abgeschlossenen Abkommen treu bleibt, nicht mehr dem bis jetzt notwendigen Regime unterworfen bleibt.

Die Verhandlungen am Donnerstag abend

Donnerstag abend fand in Locarno eine Besprechung zwischen dem Reichsminister Dr. Luther, dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, dem Außenminister Briand, dem englischen Staatssekretär für Auswärtiges Chamberlain und dem belgischen Außenminister Vandervelde statt. Es wurden in etwa dreißigminütiger Ansprache die im Zusammenhang mit dem westlichen Sicherheitspakt stehenden allgemeinen Fragen erörtert. Eine Sitzung der Konferenz für den heutigen Freitag ist nicht festgesetzt, da bei den Verhandlungen der Rechtschaffenden über die östlichen Schiedsverträge eine Einigung bisher noch nicht erzielt worden ist.

Die am Donnerstag abend stattgefundene Unterredung hat die polnischen Forderungen und auch die sogenannten Nebenfragen zum Gegenstand gehabt. Nach der Ansprache hat Briand auf Fragen der Journalisten erwidert: „Wir sind noch nicht fertig!“ Bei den polnischen Forderungen soll es sich nach dem „D. Z.“ um folgendes handeln: Die polnische Delegation verweist auf die territoriale Sicherheit, die Frankreich in dem Westpakt von Deutschland verlangt und beanprucht das Gleiche für sich in bezug auf die Ostgrenzen (!)

Deutschland lehnt jedoch diese territoriale Garantie unter allen Umständen ab und die deutsche Regierung wird darin von allen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken unterstützt. Auch bezüglich der sogenannten Nebenfragen soll sich nach dem eben zitierten Blatte eine Verschärfung der Situation ergeben haben.

Sonderkonferenz in London im Dezember?

W.D. Paris, 16. Okt. Der Berichterstatter des „Quotidien“ in Locarno will erfahren haben, daß im Monat Dezember eine Sonderkonferenz in London zusammengetreten werde, um die endgültige Unterzeichnung der in Locarno genehmigten Verträge vorzunehmen.

Französische Pressestimmen

W.D. Paris, 16. Okt. (Tel.) Der „Petit Parisien“ schreibt: Ein großer Schritt ist auf dem Wege getan worden, der die allgemeine Stabilität Europas herbeiführen muß. Der Pakt, der noch vor wenigen Monaten als eine Unmöglichkeit erschien, ist Wirklichkeit geworden.

Der „Gaulois“ meint, man werde vergeblich in dem Protokoll von Locarno Sicherheiten suchen, die verschieden seien, von denen, die die Verträge von 1919 und das Völkerbundsstatut geschaffen hätten. Es bedeute aber schon viel, daß die neuen Texte die Vertragsklauseln von Versailles in ihrem wesentlichen Inhalt weder beschränken noch abändern. Der geschichtlichen und geschmeidigen Diplomatie Briands sei es, wie man anerkennen müsse, gelungen, die sofortige Gefahr einer teilweisen Revision der Rechte, die Frankreich aus seinem Siege herleite, zu vermeiden. — „Figaro“ schreibt u. a.: Die Initiative zum Sicherheitspakt ist auf Deutschland zurückzuführen. Im Verlaufe der Verhandlungen hat Deutschland eine beträchtliche moralische Befriedigung erlangt. Zugelassen auf dem Fuße der absoluten Gleichheit sah in Locarno die deutsche Delegation am gleichen Tische wie die alliierten Delegationen, aber noch mehr: Die Regierung von Berlin wurde gebeten, in das europäische Konzert wieder einzutreten und man zweifelt nicht daran, daß die Zustimmung zu den Völkerbundsstatuten sehr bald durch greifbare Vorteile bezahlt wird. — Der nationalistische „Ceclair“ sagt, da die engen Beziehungen, die Belgien und Frankreich einigen, bald zur großen Freude Vanderveldes gebrochen sein werden, der in Locarno keine Gelegenheit vorübergehen ließ, um zu erklären, daß er mit der französischen Delegation solidarisch sei, seine Anhänglichkeit dahin zusammen: Morgen werde Frankreich vollkommen isoliert dastehen. Man werde seinen Rednern in Genf Beifall klatschen, aber gegen sie stimmen.

Englische Pressestimmen

W.D. London, 16. Okt. (Tel.) Die Zustimmung Deutschlands zum Wortlaut des Westpattes wird von der Presse allgemein begrüßt. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel: Zum mindesten über ein Ergebnis wird man in England einer Meinung sein: das ist der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Es bedeutet das Ende des Stadiums, in dem Deutschland immer nur als „unverbesserliches schwarzes Schaf“ Europas und der Völkerbund als das Werkzeug der Sieger allein angesehen wurde. — „Daily Mail“ bezeichnet die deutsche Zustimmung zum Pakt als das bedeutungs-

vollste Ereignis in der Geschichte Europas seit dem Weltkriege. — „Daily Telegraph“ führt in seinem Leitartikel „Ein Pakt des Friedens“ aus: Niemals hat seit den Tagen Karls des Großen zwischen den 100jährigen Gegnern in Westeuropa eine so starke Schranke für die Diplomatie bestanden, wie die, die sie selbst mit Hilfe Großbritanniens und Italiens errichtet haben. Man sei Luther und Stresemann die Erklärung schuldig, daß sie durch ihre Haltung in Locarno vollkommen das Vertrauen in ihre Aufrichtigkeit und ihren guten Willen rechtfertigten. Deutschland erreiche durch den Pakt nicht nur die gemessene Sicherheit. Es soll auch die Zusage einer baldigen Räumung Kölns, wie eine Verminderung der militärischen Befestigung erhalten haben. Das Blatt schließt mit einer Anerkennung Chamberlains.

Politische Neuigkeiten

Nachruf des Reichsrats für Preuß

Im Reichsrat widmete Staatssekretär Zweigert vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Reichsminister a. D. Prof. Hugo Preuß einen warm empfundenen Nachruf, in dem es u. a. heißt: Jeder wird die aufrichtige Gesinnung, die leidenschaftliche Vaterlandsliebe, die wissenschaftliche und politische Energie und nicht zuletzt die warme Menschlichkeit des Verstorbenen in dankbarer Erinnerung behalten. Der Reichsrat erkannte das große Verdienst von Preuß um die gesellschaftliche Neuregelung der Grundlagen unseres Staates immer gern und willig an, ebenso wie Preuß selbst um der Bedeutung des Eigenlebens der Länder durchdrungen war. Er prägte das Wort, daß „auch der neue Staat im Eigenleben seiner Länder die starken Wurzeln seiner Kraft finden werde.“ Sein Andenken wird im Reichsrat fortleben.

Der Zwischenfall im Wiener Nationalrat

Die am Dienstag abgebrochene Sitzung des österreichischen Nationalrats konnte am Mittwoch um 5 Uhr nachmittags wieder aufgenommen werden. Präsident Miklas erklärte, daß sowohl der Abg. Leutner wie auch Außenminister Mataja sich zu Äußerungen hätten hinreichen lassen, die als unparlamentarisch bezeichnet werden müßten. Er müsse daher beide in entschiedenster Weise rügen. Als der Minister des Auswärtigen Mataja seine am Dienstag begonnene Rede fortsetzte, verließ die sozialistische Partei demonstrativ den Saal. Der Nationalrat nahm nach kurzer Debatte den Regierungsantrag auf Genehmigung der Genf-Völkerbundsresolutionen an. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten den Antrag abgelehnt.

Mittwoch nachmittag erteilte Bundeskanzler Kamel auf die Anfrage des sozialdemokratischen Klubs die Antwort der Regierung, in der es heißt, die Regierung stelle fest, daß der Abg. Leutner gegen den Minister Dr. Mataja Anschuldigungen erhoben habe, die jedes Maß sachlicher Kritik übersteigen und auch gegen die Außenpolitik des Kabinetts die schwersten und gänzlich unbegründeten Angriffe in der Richtung enthalten, daß die Regierung in der Führung ihrer Außenpolitik unter dem Diktat einer auswärtigen Macht stehe. Die Regierung muß diese in nichts begründete Anschuldigung entschieden zurückweisen und erklärt sich mit der Politik ihres Ministers des Auswärtigen voll und ganz solidarisch. Der Klub nahm die Antwort mit der Erklärung zur Kenntnis, daß er den Konflikt mit der Regierung für beendet hält.

In der Donnerstag-Sitzung des Budgetausschusses des Nationalrats sagte Abg. Austerlitz, die Kritik in der deutschen Presse gegen die Politik Matajas sei ein Beweis, daß diese Politik in Deutschland stärksten Mißtrauen erzeuge. Die Regierung müsse sich mit der sich Mataja über die öffentliche Meinung in Deutschland hinwegsetze, sei durchaus unstatthaft. Die Politik des Außenministers beträftige alles, was man von einem antideutschen Kurs in Österreich gefordert hat. Bundeskanzler Kamel und Mataja selbst legten gegen dieses Vorwurf schärfste Verwahrung ein.

Nachklänge zur Völkerbunds-Konferenz

In der Stockholmer Kirche machte am Sonntag Regimentskapitän Schröderheim in einer Predigt eine Äußerung über die Völkerbunds-Konferenz und ihre Haltung in gewissen Fragen, in dem er u. a. geltend machte, die Konferenz hätte nicht den Mut gehabt, das Verbot abzugeben, daß alle an der Konferenz teilnehmenden Nationen Schuld am Weltkriege hätten, weil England und Frankreich hiermit nicht einverstanden gewesen wären, sondern darauf bestanden hätten, daß Deutschland allein schuld hätte. In einem Schreiben an die schwedische Telegraphen-Agentur weist Erzbischof Eberhard die Behauptung des Regimentskapitäns nachdrücklich als unwahr zurück. Auf der Konferenz sei kein einziges Wort darüber gefallen, daß Deutschland allein schuldig wäre; vielmehr wurde von Vertretern der einzelnen Nationen die gemeinsame Schuld anerkannt.

Painlevé über die Armereformvorlage

Der französische Ministerpräsident Painlevé hat sich Donnerstag abend vor Pressevertretern über den Entwurf zur Reorganisation der französischen Armee ausgesprochen. Er gedenke, den Entwurf im Laufe des November oder Ende November einbringen zu können. Der Entwurf der gegenwärtigen Regierung habe das gleiche Ziel wie der vorhergegangenen, nämlich eine Organisation zu schaffen, die den Verhältnissen des Krieges gerecht werde und gleichzeitig sich einer Dienstzeit anpasse, wie sie der vom Volke zum Ausdruck gegebener Wille verlange. In Kriegzeiten müsse die schnellste Einsetzung der Reserve ermöglicht und in Friedenszeiten die Sicherheit der Heimat und der Kolonien gewährleistet werden. Schließlich müsse der Entwurf auf das Übergangsstadium der Armee und die allgemeinen Verhältnisse Rücksicht nehmen, sobald die notwendigen Bedingungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit vermirklicht sein würden.

Zur Augustfeier. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß Reichswehrminister Dr. Gessler nach seiner Rückkehr nach Berlin die Untersuchung der Angelegenheit der Weisse eines Denkmals für die Augustfeier selbst in die Hand genommen habe. Die Entscheidung dürfte erst in der nächsten Woche zu erwarten sein.

Bei Einreise ins besetzte Gebiet im Juli und August wurden insgesamt 200 Personen zu 4168 Reichsmark Geldstrafe und 13 Monaten und 11 Tagen Freiheitsstrafe, allein in der Pfalz wegen Übertretung der durch die Rheinlands-Kommission erlassenen verkehrspolizeilichen Vorschriften verurteilt, darunter etwa die Hälfte wegen Verkehrs gegen die Fahrvorschriften.

Ein neuer Himmelsbach-Prozess. Da die von der Firma Himmelsbach gegen das Urteil im Prozeß wegen der schweren Beschuldigungen des Inhabers der Zeitschrift „Der Volksmarkt“, Otto Fernbach, gegen die Firma eingelegte Revision auf Grund der erlassenen Amnestie nicht zur Verhandlung kommen wird, hat die Firma Himmelsbach nunmehr gegen Fernbach — wie aus Berlin gemeldet wird — eine Zivilklage auf Schadenersatz erhoben.

Kurze Nachrichten

Hamburg gegen den Reichsschulgesetzentwurf. Die Hamburger Bürgerschaft führte die gesamte Besprechung des Reichsschulgesetzentwurfs zu Ende. Von sämtlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, wurde der Entwurf abgelehnt. Der Leiter der Hamburger Oberschulbehörde, Senator Krause, sprach sich gleichfalls scharf ablehnend gegen den Entwurf aus.

Das Verfahren gegen Caspar eingestellt. Das Verfahren gegen den Staatsanwaltschaftsprofessor Dr. Caspar ist, wie aus Berlin gemeldet wird, mit der Begründung eingestellt worden, daß keinerlei Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt.

Einstellung des Hochverratsverfahrens gegen den Abg. Graf-Golbecher. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, wurde das Hochverratsverfahren gegen den baltischen Reichstagsabgeordneten von Graf-Golbecher wegen Verdachtes der Beteiligung am Dittkeputsch nunmehr auf Grund d. Amnestiegesetzes eingestellt.

Tagung der Deutschen Tropenmedizinischen Gesellschaft. In Hamburg Tropeninstitut begann die 8. Tagung der Deutschen Tropenmedizinischen Gesellschaft. Die Zusammenkunft erhält eine erhöhte Bedeutung durch das 25-jährige Jubiläum des Hamburger Tropeninstituts.

Arbeitsaufnahme bei der bairischen chemischen Industrie. In einer großen Anzahl von Betrieben der bairischen chemischen Industrie haben sich die Beschäftigten mit starker Mehrheit bereit erklärt, zu den bisherigen Löhnen bis zum 1. Dez. 1925 weiterzuarbeiten. Die Aussperrung betrifft also nur die Betriebe, in denen die Lohnforderungen aufrechterhalten werden. Immerhin werden durch den Lohnkampf noch über 10 000 Arbeiter betroffen.

Keine amerikanische Arbeiterpartei. Auf der Jahrestagung des amerikanischen Arbeiterverbandes in Atlantic City, wurde eine Entschließung gegen die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei angenommen.

Ruhe in Panama. Aus Panama wird gemeldet: Der größte Teil der amerikanischen Truppen hat Panama verlassen, da so gut wie völlige Ruhe eingetreten ist.

Badischer Teil

Preissenkungsmassnahmen

Unter Bezugnahme auf die in der Presse bereits veröffentlichte Verlautbarung über die Preisentzugsmassnahmen der Reichs- und Landesregierungen hat der Minister des Innern, nachdem bereits das Landespolizeiamt (Wucherabteilung) seit einiger Zeit eingegriffen hat, auch die Bezirksämter, unter Abermittlung eingehender Richtlinien, noch besonders angewiesen, die seitens der Reichsregierung eingeleitete Aktion tatkräftig zu unterstützen und der Preisbewegung ernste Aufmerksamkeit zu widmen.

Falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark

In mehreren Städten Norddeutschlands sind falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark der Ausgabe vom 11. Oktober 1924 aufgetaucht. Die Fälschründe haben ein verschwoommenes Geamtbild. Die Augen des Frauenbildnisses auf der Vorderseite der falschen Note sind auf den Beschauer vorbestimmt. Die Nase ist breit und fächerförmig, auf der rechten ist sie gerade. Mund und Kinn sind verschommen, die Unterlippe ist nicht erkennbar, während auf der rechten Mund und Kinn scharf ausgeprägt sind und die Unterlippe deutlich erkennbar ist. Die Fasern sind auf den Fälschründen aufgefleht und leicht abzulösen.

Auf die Ergreifung der Fälscher ist eine Belohnung von 6000 Reichsmark ausgesetzt.

Es wird gebeten, Herausgeber der falschen Noten der Polizei zu übergeben.

Falscher Studienrat

Der am 11. September 1877 in Halle a. S. geborene verheiratete Oberlehrer Edmund Baumann gab sich am 29. September 1925 in Pforzheim als Studienrat aus und erschwand sich von mehreren Personen dadurch größere Geldbeträge, daß er Sammellisten vorlegte und angab, es würde zur Zeit in ganz Deutschland eine Sammlung veranstaltet, zu dem Zwecke, Mittel zusammen zu bringen, welche es ermöglichen, die zu großen Klassen in den Schulen zu beseitigen, indem die Schülerzahl verringert wird. Er hatte mehrere Schreiben angegebener Persönlichkeiten und Firmen in Besitz, die er sich jedenfalls auf betrügerische Weise verschafft hatte.

Die von den Spendern gezinkten Summen hat Baumann durch Anhängen einer Null etc. vergrößert, um die Späterzeichnenden zur Zahlung einer größeren Summe anzuregen.

Am 10. Sept. 1925 ist der gleiche Schwindler in derselben Weise in Ulm aufgetreten.

Personenbeschreibung: ca. 40 Jahre alt, 1,70—1,75 Meter groß, kräftig, unterseht, dunkelblond, barlos, rundes volles gefundenes Gesicht, dunkle Augen, spricht hochdeutsch. Im Gesicht (vermutlich links) einen Amal.

Da anzunehmen ist, daß der Schwindler in anderen Städten auf gleiche Weise Personen zu schädigen versucht wird, wird hiermit vor ihm gewarnt. Etwasige Mitteilungen wollen an das Landespolizeiamt gefandt werden.

Finanzminister Dr. Köhler über Beamtenfragen

In einer Zentrumsräterversammlung im katholischen Gesellschaftshaus hielt Finanzminister Dr. Köhler eine Rede über die Beamtenfragen, in der er u. a. ausführte, daß die jetzigen Gehälter der Beamten im Vergleich zu den seit der letzten Befoldungserhöhung fortgesetzt gestiegenen Preisen nicht mehr länger haltbar sei. Namentlich die unteren Gruppen befänden sich in einer unglücklichen Lage, der schon aus Gründen der Staatsraison nicht mehr unartig zugehört werden könne. Das Reichsfinanzministerium habe Einspruch gegen den feinerzeitigen Vorschlag der badischen Regierung auf Erhöhung der Beamtenbezüge erhoben, und vor dem Reichsschiedsgericht sei die badische Regierung mit ihrem Antrag unterlegen. Er (der Minister) werde dafür eintreten, daß die badische Regierung erneut bei den maßgebenden Stellen in Berlin auf die bedrohliche Lage der Beamtenherrschaft hinweise und entsprechende Abhilfe verlange. — Was das Sperrgesetz anlangt, so habe er angeordnet, daß der Staatsvoranschlag für 1926/27 unter der Annahme aufgestellt werde, daß das Sperrgesetz nicht mehr vorhanden sei. Im übrigen werde darüber gewacht werden, daß die Befestigung der Beamtenstellen in Baden nur nach der persönlichen und sachlichen Qualifikation, nicht aber nach politischen und konfessionellen Gesichtspunkten erfolge.

Vom Kaliwert Buggingen

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hofft man im Kaliwert Buggingen, daß im Laufe des Monats Oktober die Herren der Kaliprüfungsjahre zur Besichtigung und Prüfung des Wertes nach Buggingen kommen werden. Sollte die Genehmigung zur vorläufigen Beteiligung des Schachtes an der deutschen Kaliproduktion dann im Laufe des Monats November erteilt werden, so dürfte die badische Landwirtschaft noch im Monat November badisches Kali beziehen können. Es soll, wie verlautet, im Anfang des Jahres 1926 auch ein Fabrikgebäude erstellt werden, um die badische Landwirtschaft mit hochwertigen Kalisalzen beliefern zu können.

Badische Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof

Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Leipzig verhandelte gegen 7 kommunistische Arbeiter aus Eppingen in Baden wegen Vergehens gegen § 7 des Sprengstoffgesetzes und wegen Beihilfe zum Hochverrat. Der Hauptangeklagte Gaft wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt und weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis 1 1/2 Jahr. Das Verfahren gegen den Angeklagten Walter wurde auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt.

Tagungen

Verammlung badischer Standesherren und Großgrundbesitzer. Etwa 50 badische Standesherren und Großgrundbesitzer haben am Montag unter dem Vorsitz des Grafen Douglas in Heidelberg ihre Jahresversammlung abgehalten, um Standes- und Geschäftsangelegenheiten zu besprechen.

Aus der Landeshauptstadt

Verlegung der Kartenverkaufsstellen des Landes theaters. Die Entwidlung unserer Stadt drängt schon seit einiger Zeit zur Verlegung der in der Altstadt untergebrachten Kartenverkaufsstellen des Landes theaters an die verkehrsreichsten Stellen. Der Ausführung dieses Gedankens entgegenkommend haben die Darmstädter Nationalbank am Marktplatz, Doert in der Ritterstraße und Gebüder Kauf in der Kaiserstraße 68 auf die Verkaufsstellen verzichtet. An ihrer Stelle werden von Samstag, 17. an folgende Verkaufsstellen eröffnet: am Marktplatz: in der Zigarrenhandlung Hermann Mehle, Kaiserstraße 141, bei der Hauptpost: in der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft, Kaiserstraße 146, Ecke Karlstraße und in der Musikalienhandlung Frick, Müller Ecke Kaiser- und Waldstraße. Wie bisher bleiben die Verkaufsstellen in der Südstadt bei Karl Holzschuh, Weberstraße 48, und für die Weststadt bei Brunner, Kaiserallee 69 erhalten. Mit der Verlegung der ersten drei Verkaufsstellen an die Verkehrszentren der Stadt wird den Wünschen des Publikums entgegengekommen.

Badisches Landestheater. Am Mittwoch, den 21. Oktober bringt das Landestheater eine Opernrevue: Die außerordentlich erfolgreiche einaktige komische Oper von Puccini: „Gianni Schicchi“. Der Abend wird beschloffen durch Suppés zündende Operette „Die schöne Galathee“. Am Freitag, den 23. Oktober folgt eine Wiederholung von Götzens „Der Widerspenstigen Zähmung“ und der Sonntag, den 25. Oktober, bringt eine Wiederholung der in der Neuenstudierung mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Die Fiebersmaus“.

Waternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe von 8 Uhr morgens. Das Hoch im Westen ist südlich gewandert und liegt heute morgen über Mittelfrankreich und am Nordrande der Alpen. In Süddeutschland entwickelt sich eine Störung, welche gegenwärtig bis zur Rhone reicht, und voraussichtlich bereits heute nachmittags bei uns Niederschläge bringen wird. Bei weiterer Ausbreitung der Störung ist mit unbeständigem Wetter zu rechnen. **Vorauslage für Samstag:** Wechselnd bewölkt, streifenweise Niederschläge, kühl.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Freiburg, 15. Okt. Ein 30 Jahre alter verheirateter Hausdiener von hier, dessen Ehefrau ein Verhältnis mit einem ledigen, 25 Jahre alten Hilfsarbeiter unterhalten hat, mit dem sie auch am 1. ds. Mts. durchgegangen ist, hat beide nach ihrer Rückkunft am 14. ds. Mts. abends 8 1/2 Uhr in der Talstraße angetroffen. Im Verlaufe der sich hieraus ergebenden Auseinandersetzung und Streiterei hat der Hausdiener seinem Nebenbuhler mit einem im Griff feststehenden Messer einen Stich ins Herz beigebracht. Der schwer Verletzte ist bald nach seiner Verbringung in die chirurgische Klinik verstorben. Der Täter wurde ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Aus der Pfalz. Aus Wachenheim wird berichtet: Die fast sommerliche Wärme der letzten Tage kam den Trauben noch sehr zu statten. Die Mostgewichte stiegen überraschend und betragen in den guten Lagen der größeren Güter letzter Tage immer über 100 Grad nach Oechsle. Weingutsbesitzer Frick Müller-Wachenheim erzielte bei Traubenreife-Auslese aus seinen Gütern in Kallstadt und Wachenheim bis jetzt Mostgewichte von 188, 202 und 204 Grad, worauf zu schließen ist, daß heuer neben den kleineren Frühsorten auch die feinsten und größten Spätsorten erzielt werden, wie sie die renommierten Jahre 1900, 1911, 1920 und 1921 wohl kaum größer aufzuweisen haben.

Bekanntmachung.

Landtagswahl 1925.

Gemäß § 24 des Reichswahlgesetzes und § 62 der Reichs stimmordnung in der Fassung der Ersten Änderungsverordnung vom 8. November 1924 gebe ich die vom Kreiswahlamt für die Landtagswahl 1925 zugelassenen Kreiswahlvorschläge für den V. Wahlkreis in der Form, in welcher sie zugelassen sind, bekannt.

Kreiswahlvorschlag Nr. 1:

Badische Zentrumspartei.

1. Köhler, Dr. Heinrich, Bad. Finanzminister, Karlsruhe, Schloßbezirk 10.
2. Feingmann, Otto, Müller und Landwirt, Bürgermeister und Bezirksrat, Öttingen, Amt Bruchsal.
3. Siebert, Clara, Ehefrau, Landesvorsitzende des katholischen Frauenbundes, Karlsruhe, Viktoriastr. 28.
4. Berberich, Karl, Hauptlehrer, Bruchsal, Holzmarkt 27.
5. Engelmann, Johann, Gewerkschaftssekretär, Öttingen, Schillerstr. 6.
6. Schmidt, Dr. Friedrich, Professor, Pforzheim, Lamesstr. 44.
7. Haas, Franz, Rotar, Karlsruhe, Rulhystr. 25.
8. Volkmarth, Eugen, Fabrikant, Öttingen, Kampmannstr.
9. Ringwald, Johann Georg, Steuerinspektor, Bretten, Sporgasse 6.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Okt.		15. Okt.	
	Geld	Weise	Geld	Weise
Amsterdam 100 G.	168.63	169.05	168.63	169.05
Kopenhagen 100 Kr.	105.22	105.48	102.49	102.75
Italien . . . 100 L.	16.78	16.82	16.65	16.69
London . . . 1 Pf.	20.306	20.356	20.306	20.356
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	18.645	18.685	19.145	19.185
Schweiz . . . 100 Fr.	80.84	81.04	80.85	81.05
Wien 100 Schilling	59.13	59.17	59.13	59.17
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.462	12.427	12.467

Stellung überall 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 13. Oktober ds. Mts. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 84 sh 11 1/2 d bezw. für ein Gramm Feingold 32,7777 Pence.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stande vom 15. Oktober 1925
Börse: Die Tendenz war in dieser Woche zuversichtlicher geworden. Dazu trug wesentlich bei die günstigere Beurteilung unserer außenpolitischen Lage. Ausgehend von der Börse auch die Tatsache, daß nach Überwindung der Oktoberfestlichkeiten eine Verminderung der Liquidationsschwierigkeiten eingetreten ist, wenn man auch nicht verleugnet, daß der Reinigungsprozeß in unserer Wirtschaft natürlich noch nicht abgeschlossen ist. Viel bemerkt wurden auch die Aufierungen des führenden Kölner Großindustriellen Theodor Wolff, der die Ansicht vertrat, daß der tiefste Punkt der Wirtschaftskrise nunmehr erreicht sei und im nächsten Frühjahr bestimmt eine Besserung eintreten werde.

Geldmarkt: Der Geldmarkt zeigt ein ziemlich schleppendes Aussehen. Die Banken sind in der Kreditgewährung äußerst zurückhaltend. Der Geldbedarf in der Industrie ist zur Zeit äußerst dringend. Auch in der Landwirtschaft hält die schwierige Kreditlage an. Die Nachfrage für den Herbstbedarf dürfte sich noch gegen Monatsende weiter steigern.

Produktenmarkt: Die Geschäftslage auf den Produktenmärkten hat sich gebessert. Die Preise sind sowohl auf den deutschen wie auf den amerikanischen Märkten erhöht. Die russische wie die polnische Ausfuhrfähigkeit hat wieder nachgelassen. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 216 (+2), Roggen 155 (unv.), Wintergerste 175 (unv.), Sommergerste 225, Hafer 191 (unv.) Markt je pro Tonne und Mehl 81 1/2 (- 1/4) Markt pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Die Reichsregierung setzte ihre Bestrebungen zur Senkung der Warenpreise fort und ist entschlossen, gegen alle Anschläge scharf vorzugehen. Das Reichswirtschaftsministerium hat wieder gegen 13 Verbände beim Kartellgericht auf Beseitigung des Vorbehalts der freibleibenden Kaufel und des Rücktrittsrechts Klage erhoben.

Golzmarkt: Das Angebot an den Rundholzmärkten ist sehr knapp. Die Preise betragen in Württemberg etwa 138 Prozent der Landesgrundpreise, während sie in Baden durchschnittlich nur etwa 130 Prozent betragen. Die Nachfrage der Sägewerke ist noch sehr gering, da die Geldknappheit sie zu schärfster Einschränkung zwingt.



Am nächsten Lohntage

vergeßt nicht, für die Zeppelin-Edener-Spende zu sammeln! Führt den Betrag an die nächste Reichsbankstelle, an eine Bank oder Sparkasse ab, oder zahlt ihn auf das Postcheckkonto Stuttgart Nummer 5845 ein.

Zeppelin-Edener-Spende
Berlin W 50

Verschiedenes

Welters zur Affäre Arnold

Nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz ist es den Bemühungen der Kriminalpolizei gelungen, die Verurteilungen des Inspektors bei der Reichsbank und den großen Vertragsbruch bei der Reichsbankstelle in Breslau vollständig aufzuklären und auch die Mitbeteiligten zu ermitteln und festzunehmen. Der Breslauer Streich ist ein Kadeakt abgebaute Beamten, der gemeinsam von Arnold und den Bankfachkollegen Erich Reinhard und Alfred Maier, die unter Arnold in der Nebenstelle der Reichsbank arbeiteten, geplant war. Als Helfershelfer wurde der Arbeiter William Günöf gebunden, der in Breslau den Scheck zu präsentieren hatte. Nach der Ver-

10. Frey, Karoline, Ehefrau, Stadtverordnete, Karlsruhe, Lahnstr. 7.
11. Geiger, Franz Karl, Landwirt, Malsch, Amt Öttingen, Waldstraße.
12. Schwaiger, Josef Jg., Fabrikarbeiter, Weingarten, Föhlingerstr. 72.
13. Schuster, Johannes, Maurermeister und Stadtverordneter, Karlsruhe-Grünwald, Eimerstr. 5.
14. Weber, Wendelin, Landwirt und Bürgermeister, Speffart, Amt Öttingen.
15. Fieser, Karl August, Kaufmann, Philippsburg, Amt Bruchsal, Rotentorstr. 1.
16. Gut, Friedrich, Senatspräsident, Karlsruhe, Kriegsstr. 85.

Kreiswahlvorschlag Nr. 2:

Sozialdemokratische Partei.

1. Marum, Ludwig, Rechtsanwalt, Karlsruhe i. B.
2. Graf, Oskar, Geschäftsführer, Pforzheim.
3. Fischer, Kunigunde, Frau, Hausfrau, Karlsruhe i. B.
4. Kurz, Heinrich, Landwirt, Öttingen.
5. Trinius, Oskar, Parteisekretär, Karlsruhe i. B.
6. Reinmuth, Edmund, Schulinspektor, Karlsruhe.
7. Eißner, Josef, Maler, Öttingen.
8. Walsgraf, Christian, Werkmeister, Durlach.
9. Spengler, Raul, Buchhalter, Pforzheim.
10. Meerspel, Philipp, Kaufmann, Untergröndach.
11. Trautwein, Edith, Frau, Hausfrau, Pforzheim.

hoffung Arnolds: Liehen sich die Helfer nicht mehr in ihren Wohnungen sehen, die von der Kriminalpolizei überwacht wurden. So gelang erst gestern ihre Festnahme.

Badisches Landestheater

Spieleplan für die Zeit vom 17. bis 27. Oktober 1925

Im Landestheater:
Samstag, den 17. Oktober * G 5. Th.-Gem. 601-700. Zum ersten Mal: Kapitän Braubounds Befehring. Ein Abenteuer in drei Akten von Bernard Shaw. 7 1/2-10 (5.20).
Sonntag, 18. Oktober * Festvorstellung anl. des Kongresses für Musikästhetik. Vortrag des Herrn Dr. Leopold Schmidt-Berlin: Weber und seine Beziehungen zur Musikästhetik. Hierauf: Oberon, 6 1/2-10 (8.40).
Montag, 19. Oktober * RB. 2. Russischer Komödienabend. a) Er ist an allem schuld. b) Die Heirat. 7 1/2-10 1/2 (4.20). Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.
Dienstag, den 20. Oktober * B 5. Th.-Gem. 901-1000. Rantfred, 7 1/2-10. (5.20).
Mittwoch, den 21. Oktober * D 5. Th.-Gem. 701-800. Zum ersten Mal: Gianni Schicchi. Komische Oper in 1 Aufzug von Giacomo Puccini. Hierauf: Die schöne Galathee. Komisch-mitologische Oper in einem Akt von Franz von Suppé. 7 1/2 bis gegen 10. (6.40).
Donnerstag, den 22. Oktober * A 6. Th.-Gem. III. S.-Gr. Kapitän Braubounds Befehring. 8-10 1/2. (4.20).
Freitag, den 23. Oktober * RB. 3. Der Widerspenstigen Zähmung (Oper.) 7 1/2-10 1/2. (7.40). Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.
Samstag, den 24. Oktober * E 6. Th.-Gem. 801-900. Kamper. 8-10 1/2. (4.20).
Sonntag, den 25. Oktober * Th.-Gem. 1001-1100. Die Fiebersmaus. 6-9 1/2. (7.40).
Montag, den 26. Oktober I. Vorstellung im Schülerabonnement: Kabale und Liebe. 5 1/2-8 1/2. (4.20). Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgem. Verkauf freigegeben.
Dienstag, den 27. Oktober * C 6. Th.-Gem. 1201-1300. Kapitän Braubounds Befehring. 8-10 1/2. (4.20).

Im Konzerthaus:
Sonntag, den 18. Oktober * Aufführung: Ridel und die 36 Gerechten. Komödie in drei Akten von Hans J. Retsch. 7 1/2 bis nach 9 1/2. (4.20).
Sonntag, den 25. Oktober * Ridel und die 36 Gerechten. 7 1/2 bis nach 9 1/2. (4.20).

In den Preisen sind die Sozialabgaben und das Programmbeft inbegriffen.

Vorrecht für Austausch der Vorzugskarten und Vorlaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugsarten am Samstag, den 17. Oktober, nachm. 4-5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Austausch ab Montag, den 19. Oktober. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-6 Uhr).

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Konsularische Vertretung Ägyptens.

Abdel Rahman Daffi Effendi ist zum ägyptischen Konsul in Hamburg ernannt worden. Zu seinem Amtsbezirk gehört auch Baden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1925.

Badisches Staatsministerium.

Dr. Dellpach

An die Bezirksämter und die Poststelle Eberbach.

Nr. 110 635. Den vertriebenen Esch-Lothringern, die über Allerheiligen die Gräber von Angehörigen in ihrer ehemaligen Heimat besuchen wollen, sind die Bässe gebührenfrei auszustellen oder zu verlängern.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1925.

Der Minister des Innern

J. B. Leers



Badisches Landestheater

Samstag, den 17. Oktober 1925
* G 5. Th.-Gem. 601-700
Zum erstenmal:
Kapitän Braubounds Befehring
Ein Abenteuer in drei Akten von Bernard Shaw
In Szene gesetzt von H. Volkner
Personen:
Sir Howard Höder
Lady Cicely Ermath
Braubound Saumbach
Richter Müller
Kammerling Emmede
Dr. Storz
Schneider
Brand
Rißl
Dennig
Leibitz
Herz
Lied
Kienker
Ende 10
Sperre 1 R. 5.20

12. Beck, Otto, Eisenbahninspektor, Karlsruhe i. B.
13. Fries, Wilhelm, Fabrikarbeiter, Sagsfeld.
14. Stiegeler, Mathilde, Frau, Hausfrau, Durlach.
15. Häffele, Ludwig, Gauleiter des Reichsbundes der Kriegsschädigten usw., Karlsruhe.
16. Schäfer, Albert, Lagerhalter, Wisserdingen.
17. Glunt, Ludwig, Schriftföher, Öttingen.
18. Penninger, Friedrich, Goldarbeiter, Riefeln.
19. Ebel, Heinrich, Schreinermeister, Graben.

Kreiswahlvorschlag Nr. 3:

Deutsche Demokratische Partei.

1. Glodner, Dr. Karl, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Karlsruhe, Nordl. Hildapromenade 1.
2. Scholl, Robert, Fabrikant, Pforzheim, Museumstr. 6.
3. Folsch, Friedrich, Malermeister und Stadtrat, Bruchsal, Guttenstr. 22.
4. Tiefenbacher, Hans, Otmüller, Königsbach.
5. Klenerl, Gustav, Berfschreiber, Durlach-Aue.
6. Bogler, Friedrich, Landwirt und Gemeinderat, Bretten.
7. Hegger, Luise, Lehrerin, Karlsruhe-Küppurr, Auerstr. 67.
8. Schottmüller, Franz, Dipl. Ing. und Architekt, Öttingen, Rheinstr. 91.
9. Wehner, Karl, Bäderobermeister, Pforzheim, Schloßstr. 12.
10. Strauß, Max, Kaufmann, Bruchsal, Schillerstr. 18.
11. Dauscher, Karl, Geschäftsführer des Handwerkskammer-tages und Handwerktages, Karlsruhe, Kriegsstr. 160.

12. Klein, Gottfried, Rektor a. D., Gröningen.
13. Bergdoll, Gustav, Landwirt und Bürgermeister, Reiningen.
14. Mühl, Ludwig, Gemeinderat und Güteraufseher, Graben.
15. Kehler, Albert, Professor, Karlsruhe, Hindenburgstr. 7.

Kreiswahlvorschlag Nr. 4:

Rechtsblock — Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) und Badischer Landbund.

1. D. Mayer, H. Friedrich, Geh. Oberkirchenrat, Karlsruhe, Seimbühlstr. 5. DR.
2. Habermehl, Gustav, Fabrikant, Pforzheim, Nagoldstr. 14. DR.
3. Schmidt, Otto, Rechtsanwalt, Rechtsbeirat des Bad. Landbundes, Bretten, Weishoferstr. 77. DR u. Ldbd.
4. Kammerer, Albert, Landwirt und Kaufmann, Gausbrunn, Bad. Landbundes, Graben, Hauptstr. 254. DR u. Ldbd.
5. Lang, Ferdinand, Glasermeister und Stadtverordneter, Karlsruhe, Akademiestr. 27. DR.
6. Wagner, Oskar, Landwirt und Gemeinderat, Leheningen, Ldbd.
7. Beck, Willy, Kaufmännisch, Angestellter, Pforzheim, Gymnasiumstr. 20. DR.
8. Oberle, Franz, Landwirt u. Werkmeister, Jöhlingen, Ldbd.
9. Specht, Theodor, Professor, Bruchsal am Belvedere 7. DR.
10. Marold, Helene, Hauptlehrerin, Pforzheim, Lindenstr. 9. DR.
11. Maul, Ludwig, Landwirt, Königsbach, Ldbd.
12. Scholz, Johannes, Obergeometer, Ettlingen, Albst. 51. DR.
13. Bauer VIII, Max, Landwirt, Heidesheim, Ldbd.
14. Breithaupt, Wilhelm, Gerichtsoberverwalter, Karlsruhe, Lehmannstr. 1. DR.
15. Müller, Friedrich, Gipsermeister, Ettlingen, Rheinstr. 48. DR.

Kreiswahlvorschlag Nr. 5:

Deutsche Volkspartei.

1. Wilfer, Adolf, jung, Kaufmann und Landtagsabgeordneter, Karlsruhe i. B.
2. Bauer, Georg Theodor, Oberregierungsrat und Oberstleutnant a. D., Karlsruhe i. B.
3. Steinel, Eugen, Rechtsanwalt, Pforzheim.
4. Hof, Karl Fr., Buchdruckereibesitzer, Bretten.
5. Schenkele, Karl, Fabrikant, Pforzheim.
6. Gorenflo, Berthold, Kaufmann und Landwirt, Friedrichsloh.
7. Bauer, Gustav, Schlachthausverwalter, Durlach.
8. Herz, Ludwig, Oberverwaltungssekretär, Bruchsal.
9. Buhl, Hermann, Dr. Fabrikdirektor, Ettlingen.
10. Dyle, Hugo, Fabrikant, Pforzheim.
11. Reist, Bertha, Kaufm. Angestellte, Karlsruhe i. B.
12. Frey, Wilhelm Friedrich, Maurermeister, Emmendingen.
13. Schuler, August, Goldarbeiter, Eutingen.
14. Ries, Jakob, Forstsekretär, Langensteinbach.
15. Abel, Ludwig, Dr. Tierarzt, Graben.

Kreiswahlvorschlag Nr. 6:

Kommunistische Partei.

1. Reckleiter, Georg, Redakteur und Stadtrat, Mannheim, Augartenstr. 23.
2. Weinbrecht, Otto, Reichsbahnbediensteter a. D., Durlach, Blumenstr. 5.
3. Jost, Karl, Fasser, Pforzheim, Anshelmstr. 1.
4. Bauer, Karl, Hilfsbetriebsassistent und Stadtrat, Karlsruhe, Markstr. 20.
5. Speck, Paul, Maler, Bruchsal, Durlacherstr. 15.
6. Gerstner II, Marlin, Fabrikarbeiter, Mörz, Blumenstr. 24.
7. Knobloch, Wilhelm, Schlosser und Gemeinderat, Knieblingen, Hauptstr. 166.
8. Mans, August, Gipser, Dürmersheim, Gasthaus zum Kreuz.
9. Weiß, Leopold, Kolierer und Stadtrat, Durlach, Friedrichstr. 5.
10. Sch, Ludwig, Schlosser, Bruchsal, Pfeilergasse 19.

Kreiswahlvorschlag Nr. 7:

Wirtschaftliche Vereinigung des badischen Mittelstandes.

1. Wille, Robert, Architekt, Karlsruhe, Adlerstr. 22.
2. Friedrich, Georg, Konditormeister und Stadtrat, Pforzheim, Blumenstr. 8.
3. Deuler, August, Baumaterialienhändler, Rastatt, Kaiserstr. 61.
4. Gebhard, Adam, Heinrich, Kaufmann, Eppingen, Marktstr. 17.
5. Hüner, Georg, Drehermeister, Bruchsal, Stadtgrabenstr. 17.
6. Kraus, Ferdinand, Reallehrer, Ettlingen, Augustastr. 7.
7. Bühler, Ludwig, Kaufmann, Karlsruhe, Lachnerstr. 14.
8. Wffel, Wilhelm, Schreinermeister, Durlach, Pfingstr. 44.
9. Dr. Fromberg, Peter, Landgerichtsrat, Karlsruhe, Vordolstr. 38.

Kreiswahlvorschlag Nr. 8:

Badischer Bäcker- und Kleinbauern-Verband e. V., Sitz Freiburg i. B.

1. Siegler, Frau, Landwirt, Staufen.
2. Wangler, Johann, Landwirt, Wagensteig.
3. Heim, Sebastian, Landwirt, Hochdorf.
4. Sumser, Johann, Landwirt, Littenweiler, Sonnenbergstr. 4.

Kreiswahlvorschlag Nr. 9:

Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung (Partei für Aufwertung).

1. Segauer, Albert, Bibl. D. S. und Schriftsteller, Karlsruhe i. B.
2. Müller, Edwin, Dr. Rechtsanwalt, Karlsruhe i. B.
3. Mayer, Peter, Malermeister, Bauerbach.
4. Raden, Ludwig, Eisenbahnsekretär i. R., Karlsruhe i. B.

Kreiswahlvorschlag Nr. 10:

National-Sozialistische Deutsche Arbeiter- (Hitler) Partei, Völkische- und Aufwertungsbewegung.

1. Kemm, Friedrich, Turninspektor, Bruchsal, Orbinstr. 18.
2. Roth, Albert, Landwirt, Lieboldsheim.

Kreiswahlvorschlag Nr. 11:

Deutsche Aufwertungs- und Aufbau-Partei (Mittelstandspartei).

1. Giera, Karl, Kaufmann, 1. Vorsitzender der Deutschen Aufwertungs-, Aufbau-Partei und der Mittelstandspartei für das Deutsche Reich, Mannheim O 5, 13.
2. G., Franz, Hauptlehrer, Mannheim, Dammstr. 25.
3. Schneider, Jakob, Architekt, Mannheim, Stadensfeldstr. 11.
4. Fath, Friedrich, Landwirt, Heddesheim bei Mannheim.
5. Martus, Carl Friedrich, Eisenbahnbeamter, Mannheim, Ludwigbadstr. 5.

Zugleich gebe ich bekannt, daß die in den obigen Wahlvorschlägen genannten Parteien erklärt haben, daß die Bestimmungen ihrer Kreiswahlvorschläge dem Landeswahlvorschlag ihrer Partei zuzurechnen sind.

Es werden hiernach angeschloffen:

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 1 der badischen Zentrumspartei dem Landeswahlvorschlag Nr. 1 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 2 der Sozialdemokratischen Partei dem Landeswahlvorschlag Nr. 2 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 3 der Deutschen Demokratischen Partei dem Landeswahlvorschlag Nr. 3 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 4 des Rechtsblocks — Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) und Badischer Landbund dem Landeswahlvorschlag Nr. 4 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 5 der Deutschen Volkspartei dem Landeswahlvorschlag Nr. 5 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 6 der Kommunistischen Partei dem Landeswahlvorschlag Nr. 6 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 7 der Wirtschaftlichen Vereinigung des badischen Mittelstandes dem Landeswahlvorschlag Nr. 7 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 8 des Badischen Bäcker- und Kleinbauern-Verbandes e. V., Sitz Freiburg i. B. dem Landeswahlvorschlag Nr. 8 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 9 der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung (Partei für Aufwertung) dem Landeswahlvorschlag Nr. 9 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 10 der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter- (Hitler-) Partei, Völkische- und Aufwertungsbewegung dem Landeswahlvorschlag Nr. 10 derselben Partei.

Der Kreiswahlvorschlag Nr. 11 der Deutschen Aufwertungs- und Aufbau-Partei (Mittelstandspartei) dem Landeswahlvorschlag Nr. 11 derselben Partei.

Die dem Landeswahlausschuß zugelassenen Landeswahlvorschläge werden in der zugelassenen Form nachstehend zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Landeswahlvorschlag Nr. 1:

Badische Zentrumspartei.

1. Kühn, Adolf, Ministerialoberrechnungsrat und Stadtrat, Karlsruhe, Moonstr. 13.
2. Wächner, Wilhelm, Bauart, Emmendingen, Schwarzwaldfstr. 10.
3. Dr. Neubach, Anton, Monsignore, Geistl. Rat und Domkustos, Freiburg i. B., Münsterplatz 40.
4. Haas, Franz, Notar, Karlsruhe, Rathstr. 25.
5. Becker, Sebastian, Obersteuerinspektor, Singen a. S., Erzbergerstr. 14.
6. Gerstner, Theodor, Fabrikant und Stadtrat, Pforzheim, Panoramallee 7.
7. Steiger, Ludwig, Kaufmann, Offenburg, Hauptstr. 59.
8. Burger, Emil, Textilarbeiter, Maulburg, Amt Schoppsheim.

Landeswahlvorschlag Nr. 2:

Sozialdemokratische Partei Baden.

1. Reinold, Georg, Landessekretär, Mannheim R 3, 14.
2. Dr. Engler, Wilhelm, Ministerialrat, Präsident des Gewerbeaufsichtsamts, Karlsruhe, Weinbrennerstr. 2.
3. Weisemann, Anton, Regierungsrat, Karlsruhe, Englerstr. 4.
4. Brümmer, Anton, Gewerkschaftssekretär, Mannheim, Range Mitterstr. 75.
5. Gaeber, Rudolf, Gustav, Hauptlehrer, Karlsruhe, Sofienstr. 169.
6. Klotz, Heinrich, Gärtner und Landwirt, Nellingen, Wasenweierstr. 230.
7. Trautwein, Ewald, Hausfrau, Pforzheim, Bahnhofsplatz 8.
8. Leib, Josef, Revisionsinspektor, Billingen, Erzbergerstr. 12.
9. Wehner, Ernst, Bürgermeister, Friedrichsloh, Schwetzingenstr.
10. Zimmermann, Gustav, Redakteur, Mannheim, Almenstr. 41.

Landeswahlvorschlag Nr. 3:

Deutsche Demokratische Partei.

1. Dr. Wolfhard, Johann, Amtsgerichtsdirektor, Mannheim, Prinz-Wilhelmstr. 20.
2. Dees, Karl, Generalsekretär, Karlsruhe, Weltzienstr. 44.
3. Strauß, Johanna, Notarwitwe, Freiburg i. B., Moltkestr. 5.
4. Buchardt, Otto, Tapeziermeister, Präsident des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Heidelberg, Ingimimstr. 1.
5. Dr. Leber, Guido, Amtsgerichtsrat, Mannheim, Wohnort Heidelberg, Bergstr. 32.
6. Stier, Jakob, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe, Herrensstr. 54.
7. Sauer, Frieda, Stadtschulratschekfrau, Lahr.
8. Rehböhl, Eugen, Kaufmann und Stadtrat, Konstanz, Sufsenstr. 20.
9. Joss, Gustav, Kaufmann und Stadtrat, Baden-Baden, Gernsbacherstr. 32.
10. Leers, Otto, Ministerialdirektor, Karlsruhe, Hans Thomaststr. 19.
11. Freudenberg, Richard, Fabrikant, Weinheim a. B.
12. Dietrich, Hermann, Minister a. D. und Hofbesitzer, Wildgutach.

Landeswahlvorschlag Nr. 4:

Badischer Rechtsblock

(Deutschnationale Volkspartei — Landbund).

1. Maier, Gustav, Landwirt, Gundelfingen, Amt Freiburg.
2. Richter, Johanna, Oberzahlmeisterwitwe, Heidelberg, Ingimimstr. 38.
3. Lang, Ferdinand, Glasermeister, Karlsruhe, Akademiestr. 27.
4. Wehringer, Emil, Stadtrechnungsrat, Baden-Baden, Stefanienstr. 17.
5. Zoller, Karl, Landwirt, Durlach, Mittelstr. 10.
6. Mayer, Sofie, Arbeiterin und Stadtverordnete, Pforzheim, Altk. Kirchenweg 31.
7. Pfisterer, Heinrich, Landwirt und Stadtrat, Heidelberg, Römerstr. 49.
8. Sturm, Maria, Gärtnerin, Überlingen a. S., Friedhofstr.
9. Mühlberg, Alwin, Landwirt, Denzlingen, Amt Emmendingen.
10. Gulde, Bertha, Oberlehrerin, Mannheim, Soffenstr. 22.
11. Mayer, Theodor, Landwirt und Landesvorsitzender des Junglandbundes Baden, Rheinsheim, Amt Bruchsal.
12. Specht, Theodor, Professor, Bruchsal, Am Belvedere 7.
13. Beyer, Anton, Landwirt, Kappelrodt (Nberg).
14. Breithaupt, Wilhelm, Gerichtsoberverwalter, Karlsruhe, Lehmannstr. 1.
15. Mayer II, Friedrich, Landwirt, Großschäfen, Amt Weinheim.

Landeswahlvorschlag Nr. 5:

Deutsche Volkspartei.

1. Gündert, Erwin, Oberbürgermeister, Pforzheim, Lindenstr. 10.
2. Dr. Matthes, Wilhelm, Landwirt, Stodach, Ludwigshafenstr. 391.

3. Döblicher, Erich, Gester Staatsanwalt, Freiburg, Thurn- und Taxisstr. 79.
4. Wegner, Heinrich, Wagnermeister und Landwirt, Weisk bei Schwetzingen, Hauptstr. 4.
5. Dorn, Albert, Kaufmann und Stadtrat, Heidelberg, Akademiestr. 4.
6. Schmidt, Emma, geb. Fährbach, Hausfrau, Mannheim, Kannelstr. 5/7.
7. Balthar, Paul, Oberpostsekretär, Mannheim, O 5, 19/10.
8. Stöffler, Karl, städtischer Arbeiter, Karlsruhe, Wannwaldallee 36.
9. Fischer, Kurt, Hauptgeschäftsführer, Mannheim, Bachstr. 8.
10. Gerstner, Leo, Professor, Vorsitzender des Landesjugendausschusses der D.V.P., Heidelberg, Hirschgasse 1.
11. Ringwald, Karl, Fabrikdirektor a. D., Steinen, Amt Oberach.
12. Weber, Max, Gymnasialdirektor, Konstanz.

Landeswahlvorschlag Nr. 6:

Kommunistische Partei.

1. Steiner, Johann, Kaufmann, Mannheim, Bindestr. 25.
2. Ritter, Jakob, Metallarbeiter, Mannheim, Alpbornstr. 43.
3. Vogt, Max, Sekretär, Vörsach, Karlstr. 32.
4. Reckleiter, Georg, Redakteur, Mannheim, Augartenstr. 23.
5. Gähler, Ernst, Landwirt, Kirchen-Hausen.
6. Böning, Hermann, Lokomotivführer, Heidelberg, Güteramtstr. 55.
7. Pfister, Julius, Maler, Freiburg, Stadtstr. 87.
8. Sprandel, Karl, Handelsmann, Singen a. S., Darsenstr. 10.
9. Wäber, Hermann, Eisenbahner, Dalingen, Gartenstadt.
10. Grelle, Ernst, Metallarbeiter, Mannheim, Gutemannstr. 2.
11. Langendorf, Rudolf, Kaufmann, Friedrichsloh, Schwetzingenstr. 100.
12. Kümmele, Edmund, Journalist, Zell i. B., Schoppsheimerstr. 38.
13. Gerstner, Hermann, Holzmaschinist, Vörsach, Verchenstr.
14. Kuhn, Gustav, Dreher, Mannheim, Viehhofstr. 22.
15. Schmidt, August, Former, Stodach, Rißdorferstr. 411.
16. Moritz, Marie, Näherin, Freiburg i. B., Kolmarerstr. 17.
17. Weindreich, Otto, Eisenbahner, Durlach, Blumenstr. 5.
18. Schred, Paul, Dreher, Mannheim, Pestalozzistr. 87.
19. Heymann, Stefan, Bankangestellter, Mannheim, Friedrichsplatz 6.
20. Käß, Richard, Arbeiter, Offenburg, Weingartenstr. 34.

Landeswahlvorschlag Nr. 7:

Wirtschaftliche Vereinigung des badischen Mittelstandes.

1. von Au, Adam, Verbandsvorsitzender und Stadtrat, Mannheim, Rheinwillenstr. 11.
2. Hermann, Karl, Malermeister und Stadtrat, Pforzheim, Viehstr. 67.
3. König, Gustav, Kaufmann und Stadtrat, Konstanz, Schützenstr. 21.
4. Stalger, Leo, Baumeister und Stadtrat, Freiburg, Justizstr. 62.
5. Köhler, Ludwig, Landwirt, Mannheim-Neckarau, Maxstr. 17.
6. Wogner, Wilhelm, Schuhmacher-Obermeister, Heidelberg, Römerstr. 64.
7. Wille, Robert, Architekt, Karlsruhe, Adlerstr. 22.
8. Krauß, Arthur, Kaufmann, Brombach, Amt Durlach, Fuchsgasse 11.
9. Meier, Emil, Eisenbahninspektor, Nehl, Ringstr. 56.
10. Besthold, Carl, Schlossermeister, Rastatt, Augustplatz 24.
11. Wimmerer, Friedrich, Spengler-Obermeister, Mannheim, O 5, 21.
12. Eckert, Jakob, Oberpostsekretär, Heidelberg, Gaisbergstr. 35.

Landeswahlvorschlag Nr. 8:

Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung

(Partei für Aufwertung).

1. Haas, Walther, Zollinspektor, Konstanz, Untere Laube 10/11.
2. Segauer, Albert, Bibliotheksoberssekretär, Karlsruhe, Mosartstr. 9.
3. Dr. Müller, Edwin, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Lenzstr. 10.
4. Dr. Weisk, Friedrich, Professor, Konstanz, Schützenstr. 6.
5. Kunzel IV., Heinrich, Landwirt und Gemeinderat, Rastatt, Hausnummer 128, Amt Durlach.
6. Langolf, Ludwig, Werkmeister, Jöhlingen, Kirchplatz 6/III.
7. Schilder, Josef, Anton, Hof. Führer, Offenburg, Grabenallee 12.
8. Freil, Ludwig, Kaufmann, Ningen, Hauptstr. 116.
9. Dr. Dorfmann, Max, Bürgermeister i. R., Karlsruhe, Weisenstr. 60.
10. Eckert, Friedrich, Lohnbuchhalter, Konstanz, Jollerstr. 7.
11. Mayer, Peter, Malermeister, Bauerbach, Amt Durlach.
12. Dr. Kieffer, Wilhelm, prakt. Arzt, Wödingen am Kaiserstuhl.
13. Sickingen, Hans, Oberzollsekretär, Freiburg i. B., Günterslohstr. 48.

Landeswahlvorschlag Nr. 9:

Deutsche Aufwertungs- und Aufbau-Partei

(Mittelstandspartei).

1. Giera, Karl, Kaufmann, 1. Vorf. der Deutschen Aufwertungs- und Aufbau-Partei und Mittelstandspartei für das Deutsche Reich, Mannheim O 5, 13.
2. G., Franz, Hauptlehrer, Mannheim, Dammstr. 25.
3. Schneider, Jakob, Architekt, Mannheim, Drachenfelsstr. 11.
4. Fath, Friedrich, Landwirt, Heddesheim bei Mannheim.
5. Martus, Carl Friedrich, Eisenbahnbeamter, Mannheim, Ludwigbadstr. 5.

Landeswahlvorschlag Nr. 10:

Badischer Bäcker- und Kleinbauern-Verband e. V., Sitz Freiburg i. B.

1. Bürgi, Richard, Bäckerlandwirt, Freiburg-Gaslach.
2. Längle, Gebhard, Landwirt, Rimmenshausen.
3. Reite, Rudolf, Landwirt, Wasser.
4. Müggenski, Franz, Landwirt, Leutesheim.
5. Gyg jr., Franz, Landwirt, Staufen.
6. Kuhn, Wilhelm, Landwirt, Eichen.

Landeswahlvorschlag Nr. 11:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- (Hitler-) Partei, Völkische- und Aufwertungsbewegung.

1. Wagner, Robert, Angestellter, Durlach, Goethestr. 20.
2. Roth, Robert, Landwirt und Zimmermann, Lieboldsheim.
3. Meinger, Rudolf, Kaufmann, Ettlingen, Kronenstr. 22.
4. Reinhardt, Adolf, Kaufmann, Reulshausen.
5. Kemm, Friedrich, Turninspektor a. D., Bruchsal, Orbinstr. 16.
6. Schmelzer, Carl, Landwirt, und Bürgermeister, Rodenau bei Eberbach.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1925.
Der Kreiswahlleiter für den Wahlkreis V:
J. B. Becker.